

**LSVD-Auswertung der Wahlprüfsteine
zur Wahl der 22. Hamburgischen Bürgerschaft**

4. Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken

Diskriminierung und Anfeindungen gegenüber LSBTI im Alltag sind noch nicht überwunden. Anfeindungen in der Öffentlichkeit gehören für viele LSBTI* immer noch zur Lebensrealität. Oftmals schränken sie sich in der Öffentlichkeit ein, um nicht als LSBTI* aufzufallen und zum Angriffsziel zu werden. Homosexuellen- und trans*feindliche Gewalt richtet sich jedoch nicht nur gegen LSBTI*, sondern auch gegen all jene, denen eine Zugehörigkeit zu dieser gesellschaftlichen Gruppe zugeschrieben wird.*

- 4.1 Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?
- 4.2 Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?
- 4.3 Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

CDU Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort:

**Die Anzahl der LSBTI* Ansprechpartner bei der Polizei werden wir verstärken. Zu prüfen ist, ob LSBTI* Ansprechpartner bei der Staatsanwaltschaft erforderlich und sinnvoll sein können.
Werbekampagne: Es gibt Ansprechpartner die helfen.**

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort

Die Polizei selbst spricht von einer geringen Anzahl von Anzeigen und vermutet eine hohe Dunkelziffer. Wir werden gerne prüfen, ob durch eine solche Studie neue Erkenntnisse gewonnen werden können.

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort

Eine Veröffentlichung sorgt für Transparenz. Gerne werden wir den Vorschlag prüfen.

Alle weiteren Antworten der CDU Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2020_01_23-antworten-cdu-lsvd-wps-hamburg.pdf

SPD Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Die Fragen 4.1 bis 4.3 wurden zusammen beantwortet:

Uns ist wichtig, dass Straftaten mit LSBTI-Bezug konsequent strafrechtlich verfolgt werden. Im Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt der Stadt Hamburg finden sich hierzu wichtige Hinweise. Die Straftaten, um die es im Kern geht, sind der Hasskriminalität zuzurechnen, die der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden. Diese Straftaten werden heutzutage oft auch im Internet begangen. Insbesondere dafür werden wir Schwerpunktbereiche bei der Staatsanwaltschaft einrichten. Zwischen der Polizei und LSBTI*-Interessenvertretungen gibt es zudem einen institutionalisierten Austausch, der dazu dienen soll, für das Thema zu sensibilisieren und das Anzeigeverhalten zu erhöhen.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat zudem einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, mit dem Hass und Hetze insbesondere im Internet konsequenter verfolgt werden soll. Auch hiervon versprechen wir uns ein effizienteres Vorgehen im Fall von Straftaten mit LSBTI*-Bezug. Sicherlich ist es lohnenswert, dass wir uns mit dem Berliner Ansatz, LSBTI*-Delikte eigenständig zu erfassen, bei passender Gelegenheit auseinandersetzen. Bei der Hamburger Polizei haben wir für diese Straftaten eine eigene Ansprechperson und damit auch in diesem Bereich für Verbesserung gesorgt.

Alle weiteren Antworten der SPD Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/lag-lesben-schwule_antworten-spd.pdf

Bündnis 90 / Die Grünen Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort

Wir wollen die Position der beiden Ansprechpersonen für LSBTI* bei der Hamburger Polizei weiter stärken. Das bedeutet auch, dass sie einen Etat für Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit bekommen sollen, um sich in der Community bekannter zu machen. Zudem wollen wir analog zu den Ansprechpersonen für die queere Community bei der Polizei auch Ansprechpersonen bei der Staatsanwaltschaft etablieren (siehe Zukunftsprogramm S. 86). Hier gibt es bereits gute Strukturen in Hamburg, wir wollen das Dunkelfeld minimieren und Straftaten gegen LSBTI* entschlossen entgegenreten.

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort

Aktuell beobachten wir eine große Offenheit bei Polizei und Staatsanwaltschaften, sich homo- und transfeindlicher Gewalt noch stärker zu widmen. Der Mehrwert einer derartigen Studie müsste zunächst geklärt werden.

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort

Ja, siehe Zukunftsprogramm: „Hamburg wird sich vor diesem Hintergrund auch für eine Erweiterung der statistischen Erfassung von Hasskriminalität bei den Staatsanwaltschaften einsetzen, damit auch sexistische Hasskriminalität gegen Frauen, inter, trans* und nicht-binäre Personen in der Statistik sichtbar wird.“ (S. 65)

Alle weiteren Antworten von Bündnis 90 / Die Grünen Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/wps_antwort_laglesbenschwule-gruene.pdf

Die Linke Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort

Niedrigschwellige Angebote für Betroffene müssen ausgebaut werden. Das heißt etwa Ausbau und Weiterfinanzierung bestehender queerer Beratungsstrukturen, aber auch die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle. Polizei und Staatsanwaltschaften müssen weiter verstärkt für die Thematik sensibilisiert werden und es sollte speziell geschultes Personal und auch für LSBTI* öffentlich so sichtbares Personal auch bei der Staatsanwaltschaft und den Behörden geben. Es gibt bereits seit 2014 LSBTI* Anprechpartner*innen bei der Polizei Hamburg. Das ist gut, aber sicher auch entwicklungsfähig. Wir setzen in dem Bereich aber in erster Linie auf Maßnahmen zur Prävention und gesellschaftliche Sensibilisierung, denn wenn die Strafverfolgungsbehörden gebraucht werden ist im Vorfeld bereits einiges schief gelaufen. Leider sind Hassverbrechen natürlich bittere Realität. Besonders geschultes Personal, ob bei der Polizei, den Behörden oder der Staatsanwaltschaft halten wir daher für ein sinnvolles Instrument.

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort

Ja, genau das fordern wir schon lange. Es braucht dringend grundlegende wissenschaftliche Studien hierzu, um darauf aufbauend funktionierende Konzepte gegen Homo-, Trans*feindlichkeit und Hassgewalt auf den Weg zu bringen.

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort

Seit dem 1.1.2020 gibt es bundesweit das Merkmal „sexuelle Identität/Geschlecht“ in der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität. Das ist ein Fortschritt. Damit die Statistik überhaupt den Anteil von trans*feindlichen Hassdelikten bei den angezeigten Taten wiedergibt, müssen trans*feindliche Taten erstmal

als solche erkannt und registriert werden (hierzu auch die vorherigen Fragen.) Die LINKE hat in der Vergangenheit regelmäßig die Zahlen für Hass-Delikte in Hamburg erfragt. Wir werden das weiterhin tun und ein Augenmerk darauf richten, wie sich die Statistik in Bezug auf trans*feindliche Delikte entwickelt.

Alle weiteren Antworten von Die Linke Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/die-linke_antworten-auf-wahlpruefsteine-der-lag-lesben-und-schwule_final.pdf

FDP Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort

Grundsätzlich wollen wir die Selbstwirksamkeitserfahrung der Menschen und der Communitys durch den Landesaktionsplan stärken. Darüber hinaus könnte diskutiert werden, ob man eine größere öffentlichkeitswirksame Kampagne, analog der Informationskampagnen im Bereich „Häusliche Gewalt“, zu diesem Themenbereich startet.

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort

Ja.

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort

Ja.

Alle weiteren Antworten der FDP Hamburg finden Sie hier:

https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2020_01_13-antworten-fdp-wps-hamburg.pdf

AfD Hamburg

Frage 4.1: Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, wenn sie durch hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten betroffen wurden?

Antwort

Es ist uns ein ganz entschiedenes Anliegen, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und auch seine Funktionsweise zu stärken. Viel zu oft haben Opfer von Straftaten den Eindruck, dass es "sowieso nichts bringt", wenn man zur Polizei geht und eine Straftat anzeigt, weil nicht mit einer Aufklärung der Straftat und einer Ergreifung des Täters gerechnet wird. Wir sprechen uns daher für eine umfassende personelle, materielle und finanzielle Aufstockung von Polizei und Justiz aus, um die Aufklärungsquoten so weit wie möglich zu erhöhen und insbesondere im Bereich der Gewaltkriminalität, von der sexuelle Minderheiten in besonderem Maße betroffen sind, eine lückenlose Aufklärung zu gewährleisten. Wir sehen hier insbesondere auch ein staatliches Regelungsbedürfnis für den verstärkten Schutz von Personen, die Opfer von Clankriminalität geworden sind. Aufgrund der innerhalb von Clanstrukturen vorhandenen Dominanz rückständiger religiöser und kultureller Denkmuster über Sexualität und die Rolle von Mann und Frau, die

charakteristisch für die mehrheitlich islamischen Herkunftsstaaten der Clanangehörigen sind, besteht eine spezifische Motivlage bei der Begehung von Straftaten gegen sexuelle Minderheiten. Hier darf kein Opfer aus Angst vor Repressionen der übrigen Clanmitglieder auf eine Strafanzeige verzichten, sondern muss im Gegenteil mit allen der Staatsmacht zur Verfügung stehenden Mitteln geschützt werden. Daneben muss durch konsequente Bekämpfung dieser Clans und eine kompromisslose Abschiebepolitik sichergestellt werden, dass das Übel an der Wurzel gepackt wird.

Frage 4.2: Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Hamburg eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Antwort

Wir haben nichts gegen eine solche Studie, wenn sie objektiv und unvoreingenommen durchgeführt wird. Viel wichtiger ist es aber aus unserer Sicht, nicht Polizei und Justiz zu untersuchen, sondern die Täter! Selbst Vertreter von Lesben- und Schwulenverbänden konstatieren mittlerweile eine besorgniserregende Veränderung unserer Gesellschaft und auch anderer westlicher Gesellschaften aufgrund des wachsenden Einflusses des Islams und von Kulturen aus Afrika und dem Nahen Osten. Einer Studie aus Großbritannien zufolge sind beispielsweise rund die Hälfte der britischen Muslime der Auffassung, dass Homosexualität kriminalisiert werden sollte. Viele Homosexuelle haben den Eindruck, dass sie sich in einzelnen Hamburger Stadtteilen nicht mehr als homosexuell zu erkennen geben können, ohne Anfeindungen oder sogar Straftaten befürchten zu müssen. Das ist für uns ein vollkommen unerträglicher Zustand und wir sind deshalb der Auffassung, dass umfassend die Ursachen und Motive von Gewalt gegen sexuelle Minderheiten untersucht werden müssen.

Frage 4.3: Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalstatistik für Hamburg extra ausgewiesen werden?

Antwort

Ja, denn mehr Information und Transparenz in der polizeilichen Kriminalstatistik ist in jeder Hinsicht wünschenswert. Hierfür müssen jedoch sehr klare und eindeutige Kriterien entwickelt werden und daneben sollte auch die Motivation der Täter (z.B. Islamismus, Rechtsextremismus, etc.) erfasst und in der Statistik aufgeführt werden, soweit sich diese erforschen lässt.

Alle weiteren Antworten der AfD Hamburg finden Sie hier:

<https://hamburg.lsvd.de/wp-content/uploads/2019-antwort-afd-hamburg-wps-lsvd.pdf>